

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

10.7.1868 (No. 161)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 10. Juli.

N. 161.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einsendungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Telegramme.

**Stuttgart, 9. Juli, Mittags.** Abgeordnetenwahlen. So weit bis jetzt bekannt, wurden folgende Nationalliberalen gewählt: Körner (Ludwigsburg), Pfeiffer (Ulm), Lempenau (Kannstadt); von der großdeutschen-motratrischen Partei: Probst, Kägele, Bayhammer. Ergänzungswahlen sind nöthig in Freudenstadt (14. Juli), Horb (13. Juli), Ravensburg (13. Juli), Neulingen Stadt (13. Juli), Lettingen.

**München, 8. Juli, Nachm.** Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien sind mit Gefolge um 4 Uhr mit einem Extrazug von Innsbruck hier angekommen und im Hotel zu den Vier Jahreszeiten abgestiegen.

**London, 8. Juli, Vorm.** Die Königin Victoria wird nach Schluß des Parlaments incognito über Paris nach Luzern sich begeben.

## Deutschland.

**Karlsruhe, 9. Juli.** Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 46 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des Groß-Ministeriums des Groß-Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Den Handels- und Schiffsahrts-Vertrag zwischen dem Zollverein und Spanien betreffend. 2) Bekanntmachungen des Groß-Ministeriums des Innern: a) Den Geschäftsbetrieb der Northern-Assurance-Company zu Aberdeen und London betreffend. Diese Gesellschaft, welche unterm 19. Nov. 1863 zum Geschäftsbetrieb im Großherzogthum zugelassen worden, hat solchen seit 1. Aug. v. J. freiwillig aufgegeben. Die noch laufenden Policen derselben wurden von der im Großherzogthum ebenfalls konfessionirten North British and Mercantile Insurance Company zu London und Edinburgh (Generalagent Kaufmann Ernst Arbeit in Karlsruhe) übernommen. b) Ueberficht der Studierenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg betreffend.

II. Dienstverordnungen. Die Stelle eines Kollegialmitgliedes bei dem Groß-Kreisgericht Baden, und eine Amtsrichterstelle bei dem Groß-Amtsgericht A. a. t. t.

**München, 6. Juli.** Die „Südd. Presse“ schreibt offiziös: „Aus Stuttgart wird uns telegraphisch gemeldet, die Nachricht der Hoffmann'schen Korrespondenz über die Bildung einer ständigen Militärkommission der süddeutschen Staaten werde dort aus besserer Quelle als apokryph bezeichnet. Wir können nicht umhin, zu bemerken, daß dieses Telegramm selbst an einer bedeutenden Unrichtigkeit laborirt; denn bekanntlich hatte die „Hoffm. Kor.“ nur gemeldet, daß Vorschläge zur Bildung einer solchen Kommission von hier aus gemacht werden sollten (und sie sind inzwischen gemacht worden); über das, was hier beabsichtigt ist, wird man sich aber hier wohl besser unterrichten können als auswärts. Sollte in dem Stuttgarter Telegramm aber der Accent auf die Bildung der gedachten Kommission gelegt sein, so wäre das eben nur ein neuer Beweis, welche Schwierigkeiten der Verwirklichung des Projekts eines Südbundes sich entgegenstellen.“

**Wiesbaden, 7. Juli.** (Zit. Btg.) Die Abgeordneten Knapp, Mohr, Ruß und Born hatten in einer Eingabe an den König die Bitte ausgesprochen, die aus Nassau nach-

träglich ausgehobenen Mannschaften zu entlassen. Hierauf hat Sr. Maj. mittelst Kabinettsordre vom 6. d. genehmigt, daß die im Jahr 1843 geborenen, aus dem Bezirk des 11. Armeekorps ausgehobenen Mannschaften am nächsten allgemeinen Entlassungstermin zur Reserve entlassen werden. Der Ausdehnung dieser Maßregel auf die im Jahr 1844 geborenen Mannschaften stehen so erhebliche militärische Bedenken entgegen, daß dem Gesuche, soweit es sich auf diese Mannschaften bezog, nicht entsprochen werden konnte.

**Berlin, 8. Juli.** Die „Prov.-Korr.“ schreibt: In Betreff der Vertretung des Bundeskanzlers Grafen v. Bismarck während der jetzigen Abwesenheit desselben sind vielfach ungenaue und widersprechende Angaben verbreitet. Das Richtige ist in der Hauptsache folgendes: In Gemäßheit der von dem Grafen Bismarck vor Antritt seines Urlaubs gemachten Vorschläge ist von Sr. Maj. dem König durch Allerhöchste Ordre vom 16. v. M. bestimmt worden, daß der Kanzler des Norddeutschen Bundes in den laufenden Geschäften, so weit solche sich auf das Heer und die Kriegsmarine des Bundes beziehen, durch den Kriegs- und Marine-Minister v. Roon, so weit sie andere Bundesangelegenheiten zum Gegenstand haben, durch den Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes Delbrück vertreten werde. Die Gegenzeichnung aller Akte der Ehegehung bleibt dem Bundeskanzler ausschließlich vorbehalten.

3. Maj. die Königin Augusta wird noch kurze Zeit auf Schloß Babelsberg verweilen und sich sodann zunächst nach Koblenz begeben.

**Berlin, 9. Juli.** Die Abreise des Königs nach Ems ist nunmehr auf Samstag 11. v. M. angesetzt. Im Gefolge Sr. Maj. wird sich auch ein Vertreter des auswärtigen Ministeriums befinden, und zwar der Wirtl. Geh. Legationsrath Abeken. Ueber Angelegenheiten der auswärtigen Politik findet stets direkter Vortrag statt. Eine Vertretung durch den Kabinettsrath ist bei diesem Ressort nicht herkömmlich. — Die Mittheilung eines hiesigen Blattes: der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, werde schon morgen aus Karlsruhe in Berlin wieder eintreffen, erweist sich als voreilig. Der Minister kehrt zu Anfang der nächsten Woche hieher zurück. Den zweiten Theil seines Urlaubs wird derselbe im August antreten. — Wie verlautet, hat der Kammergerichts-Rath Rhoden, bekanntlich ein Führer der sog. katholischen Fraktion, aus Gesundheitsrücksichten sein Abgeordnetenmandat niedergelegt. — Das Abkommen über die landwärtigen zwischen England und Ostindien herzustellende Telegraphenverbindungen ist hier nunmehr zu Stand gebracht. Dem vorliegenden Plan gemäß soll die neue Linie von London ausgehen und durch die Nordsee über Preußen, Polen, Südbraunland und Persien nach Indien geführt werden. Von dem bereits vorhandenen unterirdischen Kabel, welches von der englischen Küste über Norwegen nach dem ostindischen Festland geht, bleiben 1 oder 2 Drähte ausschließlich für die neue telegraphische Verbindung reservirt. Ein unterirdisches Kabel wird in der Länge von 40 Meilen auch durch einen Theil des Schwarzen Meeres gelegt, um die circumarischen Gebirge zu umgehen. Die dort bestehenden Leitungen sind der Unterbrechung durch Schneemassen ausgesetzt. Der Regel nach sollen alle neuen Leitungen auf eisernen Pfählen ruhen. Nur im europäischen Rußland, wo sich sehr gutes, in seiner Dauerhaftigkeit den russischen Linien bewährtes Holz findet, kommen hölzerne Stangen zur Anwendung. Den Ver-

tragsbedingungen gemäß sollen alle neu anzulegenden Leitungen nach 25 Jahren theils mit, theils ohne Entschädigung in das Eigenthum der Länder übergehen, in denen sie angelegt werden.

## Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 8. Juli.** Durch die für die Linie angeordneten Verurlaubungen, die — freilich noch nicht offiziell publizirt und deshalb mehrseitig angezweifelt — sich vollständig bestätigen, ist der Stand der einzelnen Kompagnien auf 50 Mann reduziert.

Vom Kaiser auf dem Bahnhof empfangen, ist heute Mittag die Großfürstin Helene von Rußland hier eingetroffen. Sie geht nach Italien, wird indeß mehrere Tage lang der Gast des Hofes sein.

**Brünn, 7. Juli.** Der Gemeindeauschuß nahm in der heute Nachmittags stattgehabten Sitzung einstimmig und ohne Debatte folgende Resolution an:

Der Gemeindeauschuß erklärt gegenüber den Angriffen des Episkopates und der römischen Kurie dem Kaiser neuerlich seine unverbrüchliche Treue und Hingebung, sowie dem parlamentarischen Ministerium den Dank für die treue Festhaltung an der Verfassung und für die energische Durchführung der konfessionellen Gesetze.

**Prag, 7. Juli.** Die vier böhmischen Bischöfe (Erzbischof von Prag und die Bischöfe von Königgrätz, Budweis und Leitmeritz) haben in Betreff der konfessionellen Gesetze einen gemeinschaftlichen Hirtenbrief erlassen. Derselbe ist im Ton etwas milder als der der meisten übrigen österreichischen Bischöfe, und hat nur auf das Ehegesetz Bezug. Folgendes ist eine Analyse des Aktenstücks.

Es wird betont, daß die Ehegesetze der Kirche ihre verbindende Kraft in sich selber tragen und diese nicht davon abhängig ist, ob der Staat sie auch zu den heiligsten macht, oder nicht. Wohl ist auch der Staat an der Ehe theilhaftig und kann ihm dieselbe nicht gleichgültig sein, da sie auch seine Grundlage ist und seine Bürger, wie die Glieder der Kirche, ihr entstammen. Da hängt es denn allerdings letztlich von der eigenen Entscheidung des Staates ab, ob er die Ehegesetze ausschließlicher der Kirche überlassen, oder mit ihr eine gemeinsame Ehegesetzgebung vereinbaren, oder auf seinem Gebiete eigene Ehegesetze aufstellen will oder nicht, — und soll hier nicht erörtert werden, was seine Pflicht und sein Vortheil wäre. So viel aber ist gewiß, daß die Gesetze der Kirche für deren Glieder ihre Geltung nicht erst dann erlangen, wenn auch der Staat sie anerkennt, und ihre Geltung nicht verlieren, wenn der Staat sie nicht auch seinerseits aufrecht hält. Denn nicht vom Staate, sondern von Gott hat die Kirche den Auftrag und die Macht, die Ehe durch ihre Gesetze zu regeln. — Der Gott und Gewissen sei nur jene geschlechtliche Verbindung eine wahre, rechtmäßige Ehe, welche unter den von der Kirche gesetzten Bedingungen zu Stande kommt. Der Staat kann einer geschlechtlichen Verbindung keine andere Geltung verleihen, als die staatliche; kirchliche Sittlichkeit könne ihr nur die Kirche verleihen. Denn heißt es wörtlich: „Wiewohl also die weltliche Gesetzgebung durch das neueste Staatsgesetz eine andere geworden, als es die im Jahr 1855 mit dem heiligen Stuhl vereinbarte gewesen, so hat sich dadurch in Betreff der den Gliedern der Kirche obliegenden Pflichten doch nichts geändert. Es haben diese — als Bürger des Staates dem Kaiser gehend, was des Kaisers ist — die staatlichen Bedingungen der Eheheftung zu erfüllen, ihren Verbindungen die staatlichen oder bürgerlichen Rechte zu gewinnen; sie haben aber auch nach wie vor sich an die Kirche und die kirchlichen Gebote zu halten, um zugleich dem göttlichen Gesetze und dem Gewissen zu genügen. Wo aber bei der gegenwärtig nicht mehr vorhan-

## Nach Spanien.

(Fortsetzung aus Nr. 160.)

Wer es eintichten kann, der versäume ja nicht, diese Route im vollen Tage zu bereiten und ihr die sorgfältigste Beachtung zu widmen. Große Strecken hindurch läuft die Bahn durch erwählte Salzsteine, welche in gefülltem Zustande gern der Vermuthung Raum geben, als befände sich der Bahndamm im Meer selbst; er zieht sie sich hart an der Küste hin, wo ihr Unterbau gegen die anprallenden Fluten nur durch enorme Felsblöcke gesichert ist, bis sie endlich wieder festen Boden auf einer Landzunge faßt, an deren äußerster Spitze die Stadt Gette liegt.

Es mochte neun Uhr gewesen sein, als wir dort in einem eigenthümlich benannten Gasthof „Zum großen Galton“ Quartier gemacht hatten. Meinethalben hätte das Adjektiv auch „klein“ heißen dürfen, ich wäre unter keiner Bedingung von da ausgewandert eines Umstandes wegen, welcher sich freilich Tags darauf leicht erklärte, an selbigem Abend jedoch in bedenklich erschütternder Weise vom Bahnhof bis zum Hotel durch den Wagen hindurch an meinem Körper fühlbar machte: wir mußten nämlich eine neu angelegte, mit grobem Material besetzte Straße passieren, was in mir die irrthümliche Ansicht aufkommen ließ, als seien Gette's Straßen sämtlich solchergestalt qualifizirt.

Ein französischer Reisekristalller sagt von dieser Stadt: sie habe keine Zeit, sich zu reinigen, geschweige denn sich zu putzen. Und so ist es in der That, denn geschäftliche Thätigkeit liegt ihr mehr am Herzen, als unentgeltliche Eleganz, und ersterer verdankt sie ihren jetzigen Reichthum und ihr rasches Emporsteigen von einer im Anfang dieses Jahrhunderts unbedeutenden Stadt zu einem Handelsplatz erster Größe. Ganz Gette riecht nach Fisch, nach dem in aller Welt verbreiteten Stoffen und vulgo dummstien, der dort in großen Quantitäten getrocknet wird. Der Haupthandel ist aber in erster Linie mit Wein und es hat derselbe in den letzten Jahren eine solche ungeheure Ausdehnung angenommen, daß sich nahezu 3000 Personen nur allein mit dem Küfer-

gewerbe abgeben. Außerdem exportirt er gekammte Wasser, seine Liqueure, Salz, färbende Pflanzenstoffe und Grünpflanzen. In Folge des allseitigen Bahnverkehrs leidet die Küstenherrschaft und der Handel mit andern Hafenstädten schon durch den Umweg über die Meerenge von Gibraltar, doch sucht die Einwohnerzahl diesen empfindlichen Ausfall durch Fleiß und Arbeit auf's Lebenswichtige zu ersetzen.

Zur Beschäftigung der Marktwirtheiten braucht man nicht viel Zeit, aus dem einfachen Grunde, weil dafelbst keine sind. In Ermangelung solcher begnügte ich mich mit einer Naturercheinung, deren Effect meinen Augen gar bald zu großartig wurde, und meine Aufmerksamkeit auf der Straße nicht länger dulden wollte. Ein Non plus ultra von einem Wind blies thurmhohe Staubsäulen auf, die ganze Länge meines Körpers spiralförmig umhüllend, so daß ich, aller Orientirungsgabe beraubt, ohne ferneres Verlangen nach dergleichen Phänomenen, den Rückzug zum Hotel antwort. Vor der Abreise ward mir noch ein nöthiger Gang auf das spanische Konsulat dringend geboten wegen meines muthmaßlich mangelhafter Passes, dem es nach meiner Meinung an nichts Anderem gebrach, als an der Hauptache: „am spanischen Visa“, welches dabeim deshalb nicht ausgefertigt werden konnte, weil zur Zeit ein spanischer Geschäftsträger bei der heimischen Regierung nicht beglaubigt ist. Nach der üblichen Anmeldung wurde ich ohne Verzug vorgelesen und dahin belehrt, daß es eines Passes zum Reisen in Spanien nicht mehr bedürfe, und ich meinen beabsichtigten Weg über die Pyrenäen ruhig und unbedünkelt fortsetzen könne. Diese angenehme Mittheilung nahm ich unter vielem Danke sehr befrriedigt entgegen und ging im Besitze des sehr billigen Bescheides wieder von dannen. Obgleich sich die Sache ganz richtig also verhält, setze ich aus Rücksicht für ein noch mir reichendes geistes Publikum mich veranlaßt, dieser konsularischen Verbescheidung hinzuzufügen, daß Jeder, der in irgend einer spanischen Stadt, zumal in Madrid, Postrestant-Briefe abholt, mit einem seine Person ausweisenden Papier, am besten mit dem Pass versehen sein muß, wenn er sich nicht Schwierigkeiten oder zeitraubenden Umständen

aussetzen will, und es erscheint sehr rathsam, daß der Pass zum wenigsten das französische Visa trage.

Ein rascher Zug entführte uns dem geschäftigen Gette, eine Zeitlang landeinwärts, dann in der Richtung gegen Narbonne wieder dem Meere entgegen und zuletzt schuf ins Land hinein, nach Perpignan, wo mit einem Mal das Schienengesteige ein Ende nimmt. Man handelt läng, das Billet für den Abend zehn Uhr nach Gerona abfährender Wagen gleich nach Ankunft zu lösen, um seines Plazes für alle Fälle sicher zu sein.

Zwei volle Stunden nur allein mit der Restauration des begehrtlichen Wagens vertreiben wäre nüchternen Touristen unwürdig, darum besaßen wir uns nach vollbrachter Mahlgast eines Bestern und durchkreuzten mit Hilfe einer ähnlichen Beleuchtung die Straßen des besetzten Perpignan. Siebel ergaben sich folgende Wahrnehmungen: erstens, daß es hierorts viel enge Gassen und dits spitzige Pfastersteine gebe, zweitens, daß es an Tambours, welche durch einen zapfenreichartigen Hellenlärm die zahlreich ankommenden Soldaten zur Ruhe trommeln, nicht gerade mangle, und drittens, daß es in der Stadt sehr langweilig sein müsse, und wie uns später noch besonders mitgetheilt worden, Langweile die ortsgebräuchliche Unterhaltung sei. Zu Gunsten Perpignan's will ich — Gassen, Pfastersteine und Tambours ausgenommen — im freundlichen Tageslicht betrachten, meine und Anderer Behauptungen sogar bezweifeln und im Gegentheil zur Langweile viel mehr glauben, daß sie in einem Orte, wo sich 25,000 Menschen so dicht auf dem Rücken sitzen und sich dort wahrcheinlich wie überall auf's lebhafteste ärgern, gar nicht aufzukommen im Stande sei. Um den Spaziergang war's übrigens bald geschehen; einzelne dicke Regentropfen präventirten die gleich darauf erfolgte größere Menge, daher wir für gerathen hielten, auf's Depot der Diligence zurückzugehen, wo auch schon ein Wagen zum Aufstehen des Gepäcks parat stand. Das war kein kleines Fuhrwerk, und nicht weniger klein die ihm anvertraute Gepäckmasse, welche gewiß noch mehr Volumen Luft verdrängte als der Wagen selbst. (Fortsetzung folgt.)



denen Uebereinstimmung der kirchlichen und der staatlichen Ehegesetzgebung der Staat die Erlaubnis zur Eheschließung, zur Trennung oder Scheidung gibt, während die Kirche sie nicht erteilt hat oder sie verweigern muß, haben sie von der bloß von der weltlichen Behörde erteilten Ermächtigung einfach keinen Gebrauch zu machen, sondern sich an das Gesetz der Kirche und das Urteil der geistlichen Obrigkeit zu halten. Wer anders handelt; wer — wenn seine Ehe kirchlich gültig — mit dem auf Trennung oder Scheidung lautenden Urteile der weltlichen Richter sich begnügt; oder wer, wo eine kirchlich gültige Ehe nicht möglich, mit der sogenannten Zivilehe sich zufriedienstellt, die vor Gott und dem Gewissen keine Ehe ist, der macht sich schwerer Sünde schuldig; wenn er die Sünde fortsetzt und von ihr nicht lassen will, ist er der Ehescheidung in der heil. Beichte nicht fähig und darum auch vom Tische des Herrn ausgeschlossen; wenn er endlich trotz der Ermahnungen der Kirche in seinem verkehrten Sinne beharrt, trennt er sich selbst von der Kirche, deren Lehren er nicht folgen, deren Gesetze er sich nicht fügen will, und müßte von ihr schließlich auch förmlich ausgeschieden werden nach dem Worte des Herrn: „Wer die Kirche nicht hört, der sei dir wie ein Heide und öffentlicher Sünder.“

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die Behauptung nicht wahr sei, als wäre durch die jüngste staatliche Gesetzgebung nur die frühere Ehegesetzgebung wieder hergestellt worden, daß auch damals die nicht nach den Bestimmungen der Kirche geschlossenen Ehen keine wahren und wirklichen Ehen gewesen seien, und daß die Geschlechtsverbindung der Gläubigen nur durch Mitwirkung der Kirche zu einer dem Willen Gottes entsprechenden, . . . wahren und lichten Ehe werde, ohne diese aber vor Gott und dem Gewissen nur ein folgenloses sündhaftes Verhältnis wäre und es auch dann bliebe, wenn die Staatsgewalt sie ihrerseits gestattete.

**Böhmisch-Leipa, 7. Juli.** Die hiesige Stadtgemeindevertretung beschloß gestern einstimmig aus Anlaß der päpstlichen Allokution dem Gesamtministerium eine Vertrauensadresse zu votieren und den Ministerpräsidenten und den Unterrichtsminister zu Ehrenbürgern zu ernennen.

### Serbien.

**Belgrad.** Von der serbischen Skupstschina gibt ein Belgrader Berichterstatter in der „N. Fr. Pr.“ folgende Beschreibung: „Von 504 Mitgliedern der jetzigen außerord. Nationalversammlung sind über vierhundert wirkliche Bauern und einfache Handwerker, die übrigen Herren sind Kaufleute, Advokaten, Gutsbesitzer. Der Gewatter Schmeider verläßt zu Hause sein heißes Eisen, Gewatter Schneider läßt ein halb Duzend unfertiger Nähte und Zwickeln zurück und läuft nach Belgrad zur Skupstschina, um das Land ordnen zu helfen. Das „läuft“ ist oft gar nicht einmal bildlich zu nehmen, Gewatter Schneider und Schmeider laufen wirklich nach Belgrad, wenn das Vaterland ruft, das Vaterland, das ihnen keinen Wagen zur Verfügung zu stellen hat. Die Stadt Belgrad hat keinen Saal, wo sie fünfshundert beratende Männer unterbringen kann; die ordentliche Skupstschina tagt gewöhnlich in der „hohen Schule“, die der reiche Witscha hat erbauen lassen; das kann aber nur die ordentliche, die bloß etwas über hundert Männer des Landes um sich schart. Wo hätte man nun die jetzige Skupstschina unterbringen sollen, da die Feldversammlungen nicht mehr beliebt sind? Den Luxus eines Parlamentsbaues gönnt sich Serbien nicht; Leuten, die man mit einem Thaler Diäten abfindet, kann man doch keinen Palast bauen. Was war also zu thun? Man verlegte die Skupstschina für diesmal, trotz der traurigen Erinnerungen des Ortes, in den Park von Topstschider. Dort draußen auf der großen Wiese, die den Park vom Kojututjak trennt, haben sie eine riesige Baracke gezimmert und sie innerhalb mit Laub so dicht bedeckt, wie sie es vor einigen Tagen mit dem Schoppen gethan haben, in dem die Gerichtsverhandlung gegen die Mörder Michael's stattgefunden hat. Innerhalb der Baracke haben sie auf beiden Seiten des die Mitte haltenden Präsidentensitzes eine große Anzahl hinter einander laufender Holzbänke aufgestellt, zu deren Material Mahagoni in gar keinen Beziehungen steht. Auf diesen Bänken haben sich die fünfshundert Volksvertreter niederzulassen. Fauteuils, Pulte und was dergleichen mehr Parlamentsbequemlichkeiten sind, kennt man in der Skupstschina nicht, die keinerlei Verweidlichung bei ihren Volksmännern aufkommen läßt. Wo zu auch Pulte? Wegen der Wenigen, die schreiben können? Beratungs- und Klubzimmer entbehren die Skupstschina-Mitglieder nicht weniger; auch der Corridor, die nur dazu gut sind, um Journalisten im Umgang mit Ministern zu korrumpieren, entbehrt die Parlamentsbaracke in Topstschider. Rechts und links sind zwei mehrstöckige Hütten zur Aufnahme der Minister und Senatoren bestimmt. Das ist aber Alles noch nichts gegen die Art und Weise, wie die Volksmänner untergebracht sind. Man glaubt wohl, sie wohnen in Hotels, möblierten Wohnungen, in Zimmern „mit Morgenrot“ wie bei uns? In einer Reihe von großen Zelten, die längs dem Park von Topstschider auf freiem Platz aufgeschlagen, bivouakten die serbischen Abgeordneten, sie legen ihr von Landesorgen beschwertes Haupt auf den grünen Rasen nieder. Zur Zeit der gewöhnlichen Skupstschina bringt man sie in den Cafés unter, wo sie auf harten Bänken schlummern; diesmal schlafen sie in Topstschider wie der Soldat im Kriege. Und daß man nicht glaube, die Abgeordneten bekommen nur Quartier und einen Thaler, will ich noch mittheilen, daß sie auch die Kloß erhalten. In einer großen Feldküche, die in der Nähe der großen Parlamentshütte aufgeschlagen, wird alle Mittag und Abend für die Parlamentsmänner „abgekocht“. Alles militärisch, wie man sieht, und diesem militärischen Charakter ist es wahrscheinlich zuzuschreiben, daß in der nahen Kaserne von Topstschider einige Tausend Mann des stehenden Heeres zur Sitzungszeit zusammengezogen sind.

**Belgrad, 7. Juli.** Dem Korrespondenten der „Patrie“, Arnould, welcher unwahre Berichte über serbische Zustände geschrieben haben sollte, wurde eine Raketenmisset gebracht. Arnould hat hierauf Belgrad verlassen.

### Schweiz.

**Zürich, 8. Juli.** (N. Fr. Pr.) Trotz der auffällenden Abzeichen wurde den tschechischen Reisenden auf ihren

gemeinsamen Fußpartien von der Bevölkerung keinerlei Beachtung geschenkt. Beim Bankett in den Räumen des Casinos wurden nationale Reden gehalten. Die in Zürich wohnenden tschechischen Arbeiter und Studenten beteiligten sich an dem Bankett.

### Italien.

**Florenz, 6. Juli.** (Köln. Ztg.) Der Leiter des hiesigen Mobilarkredits, Hr. Balduino, hat von seinen Geschäftsgenossen Stern u. Comp. Vollmachten erhalten, auf etwaige Abänderungen des Vertrags wegen des Tabakmonopols einzugehen. Er kann 1) die Dauer von 20 Jahren auf 15 bis 16 Jahre herabsetzen; 2) sich damit begnügen, daß die Zinsenbürgschaft sich auf die 180 Millionen Obligationen beschränke und nicht auch auf die Summe von 50 Millionen erstrecke, welche die Gesellschaft aus ihrem Kapital vorstehen wird; 3) in die Festsetzung des Ausgabepreises dieser Prozentigen Obligationen willigen. Der Finanzminister hat mittlerweile mit Hr. Correnti, dem Chef der Mittelpartei, verhandelt. Sella und seine Freunde, die sich um die „Opinione“ gruppieren, bleiben ihrem Widerstand gegen das Geschäft treu. Hr. Correnti scheint der Regierung die Unterstützung seiner Freunde zugesichert zu haben unter Bedingung der eben angeführten Veränderungen. Die Sprache des „Diritto“ läßt keinen Zweifel mehr in Bezug auf die Absichten dieser Partei übrig. Der Finanzminister ist übrigens entschlossen, aus der Annahme des in genannter Weise modifizierten Vertrags eine Kabinettsfrage zu machen. Er thut jetzt sehr nachgiebig, um im entscheidenden Augenblick um so energischer auftreten zu können. Was nun die Dauer des Vertrags betrifft, so ist es schwer einzusehen, wie die Gesellschaft, welche ihre Obligationen an den Mann bringen muß, dieselben über die Zeit hinaus laufen lassen solle, während welcher sie selber an der Regie beteiligt ist; und wenn wieder die Garantie der Regierung für die weitere Zeit in Anspruch genommen werden soll, so wird man wieder der „Opinione“ bestimmen, welche den Rath erteilt, die Regierung möge selber die Obligationen ausgeben und die Erträge des Tabakmonopols zum Pfand geben. Die Gesellschaft hat, wenn sie sich mit 16 Jahren zufrieden gibt, alle Zugeständnisse gemacht, die sie leisten kann. Abgegeben von den auszugehenden Obligationen, behauptet die Gesellschaft, ihr Gewinn werde erst in den letzten Jahren ihres Vertragsverhältnisses zur italienischen Regierung beginnen. Und doch glaubt man hier an ein schließliches Arrangement. Es verdient bemerkt zu werden, daß die Finte der Regierung in dieser Frage weniger Schwierigkeiten macht, als die Rechte.

### Frankreich.

**\* Paris, 8. Juli.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 7. Juli.

Die zweite Niederlage erteilt die Regierung gestern durch die von der Kammer beschlossene Inbetriebnahme des ersten Amendements der Kommission zu der Vorlage, welche für Sold und Unterhalt der Truppen einen Supplementarkredit zu dem außerordentlichen Budget von 1868 fordert. Es werden dafür 48,804,666 Fr. gefordert, von denen die Kommission eine Million zu freieren beantragt. Der Anfall soll durch eine Vermehrung der Beurlaubungen ausgeglichen werden. Gressier, Segris und Rege sprechen für, Marschall Niel und Baron Benoist gegen das Amendement. Die Hauptgründe, auf welche sich die Kommission stützt, sind die friedlichen Versicherungen der Regierung selbst, die Ueberzeugung von Seiten des Kriegsministeriums der im Budget festgesetzten Normalstärke von 400,000 Mann, und endlich die Nothwendigkeit, einmal mit den bisherigen Gewohnheiten zu brechen und das Sparsystem thatsächlich einzuführen. Es liegt der Kommission fern, wie ihre sämtlichen Redner versichern, damit ein Mißtrauensvotum gegen den jetzigen Kriegsminister abzugeben, sondern grade das Vertrauen auf seine Einsicht und Lässigkeit berechtigt sie — wie Gressier auseinandersezt — zu der Erwartung, daß er im Kriege eine achtunggebietende Militärmacht aufstellen und dabei doch im Frieden so viel als möglich sparen und den Arbeitskräften des Landes eine nutzbringende Verwendung gönnen werde.

Marschall Niel behauptet seinen sparsamen Sinn und seine, auf eine starke Beherrschung ruhende Friedensliebe. Wir haben — sagt er — nimmer den Anforderungen des Augenblicks Genüge geleistet. Allein wir müssen unsere Arme organisieren, nun da der Friede ungewiß ist, ja ich kann es selbst sagen, denn ich glaube es, da er völlig gesichert ist.“ Gressier: Bravo!

Segris hebt namentlich den Unterschied zwischen den Verpflichtungen von 1867, damals als man die 158 Mill. für Bewaffnung durch die Arme-Dotationskasse decken zu können erklärte, und dem 440 Mill. Anlehen von 1868 hervor. Er fährt auch den Deputierten in sehr eindringlicher Weise zu Gemüthe, daß sie dem Land gegenüber für die Finanzverwaltung verantwortlich seien. Einmal muß angefangen werden; fange man darum besser heute als morgen an.

Marschall Niel tritt nochmals mit all seiner Autorität gegen das Amendement ein, da eine größere Zahl von Beurlaubungen, als die bereits bewilligte, das neu eingeführte System in Gefahr setze. Eine wohlorganisirte europäische Arme müsse innerhalb 14 Tagen vom Friedensfuß auf den Kriegsfuß übergehen können. Frankreich müsse also, wenn eine große Verwicklung eintrete und ein rascher Angriff abgewehrt werden müßte, innerhalb 14 Tagen nach der Kriegserklärung 500,000, und weitere 14 Tage darauf 700,000 Mann unter Waffen haben, und dies sei keine leichte Aufgabe. Wie die Einrichtung jetzt getroffen sei, könne auch der letzte Mann am zwölften Tag schon zur Arme gestossen sein. Redner sucht sogar, so weit dies überhaupt einem unverantwortlichen Minister gestattet sein kann, die Abstimmung über das Amendement zu einer Art Portfeuillefrage zu machen. „Sie machen mir die Sache unmöglich“, sagt er; „ich kann die Aufgabe nicht erfüllen, welche mir das Vertrauen des Kaisers auferlegt hat. Denn wenn Sie mich in eine solche Unmöglichkeit versetzen, so compromittieren Sie die Sache der Sparsamkeit. (Unruhe)... Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn Sie wüßten, was ich weiß, wenn Sie gesehen hätten, was ich sehe, so würden Sie nicht an Ihrer Ansicht festhalten. Sie werden mich wegen einer beinahe unausführbaren Ersparnis in's Banken bringen.“

Baron Benoist unterstützt den Kriegsminister nach Kräften. Er beruft sich auf die Autorität der Obersten und der Korpskommandanten, mit denen er bekannt ist. Alle halten sie die Sache für unausführbar. Damit der Friede gesichert sei, muß man im Ausland

wissen, daß Frankreich eine starke, kräftige, energische Arme hat. Man muß im Ausland wissen, daß man bereit ist, alle nöthigen Opfer zu bringen, damit unsere Arme eine gewaltige bleibe. Dies ist die einzige würdige Antwort Frankreichs auf die Unterstellungen und die Voraussetzungen, welche „Monsieur de Moll“ (si.) kürzlich in dem „preussischen“ Parlament ausgesprochen hat.

Die Kammer nimmt demungeachtet das Amendement in Betracht.

Das zweite Amendement, welches die Kommission zu demselben Kreditposten gestellt hat, bezieht sich auf eine Reduktion von 700,000 Fr. für den Unterhalt von 3000 Pferden, welche an Landwirthe zur Benützung und Verpflegung abgegeben werden sollen. Aus dem Bericht des Hrn. Gressier geht hervor, daß das Kriegsministerium gegenwärtig 104,000 Pferde zu seiner Verfügung hat, von denen 13,000 bei Landwirthen untergebracht sind, während 91,000 von dem Kriegsministerium unterhalten werden. Gressier meint, daß, wenn 12 Tage ausreichten, um sämtliche beurlaubte Soldaten zu ihren Familien einzuholen, dieselbe Zeit auch ausreichen müßte, um die Pferde vom Lande nach den Kasernenfällen kommen zu lassen.

Marschall Niel zeigt sich etwas unwirsch, daß man ihn stets die Lage verjagt, auf Forderungen bestehen zu müssen, die von der Kommission als überflüssig angesehen werden. Er bezeichnet es als einen großen Uebelstand, daß er vor dem Lande zu erklären sich genöthigt sieht. Das, was ihm die Kammer bewilligen wolle, sei ungenügend, um die Arme in der für nöthig erachteten Verfassung zu erhalten. An der Bespannung der Artillerie, wie sie heute vorhanden ist, kann Nichts vermindert werden. „Wir haben — sagt er — weniger Artillerie als alle übrigen Mächte Europa's: je zwei Geschütze auf 1000 Mann, während beinahe überall sonst drei Geschütze auf 1000 Mann kommen. Dies gleicht sich jedoch durch die Organisation dieser Waffe und die ausgezeichneten Offiziere wieder aus. Allein die Artillerie darf der feindlichen gegenüber nicht in so großem Mißverhältnis stehen. Allerdings werden von 10 Todten 9 durch Flintenkugeln getödtet; allein die moralische Einwirkung der geschlichen Versammelungen, welche die Kanonenkugeln im Vergleich zu den unscheinbaren Wunden durch Flintenkugeln verursachen, kommt im Kriege sehr in Betracht. Frankreich hat gegenwärtig eine bespannte Artillerie, welche für eine Arme von 240,000 Mann ausreicht, 80 Batterien mit 480 Feldgeschützen. Man kann also um so weniger unter dieses Minimum heruntergehen, als der anfängliche Kriegsfuß der Arme schon 400,000 und 20 Tage später 600,000 Mann beträgt (s. o. 700,000 Mann innerhalb 14 Tagen!). Außerdem tritt der Uebelstand hinzu, daß die bei Landwirthen untergebrachten Pferde, seien sie auch noch so gut gepflegt und genährt, durch die schwere Feldarbeit das Eraben verlieren und sich erst nach längerem Dienst in der Arme wieder daran gewöhnen.“

Dieses Mal zeigt sich die Kammer den Argumenten des Kriegsministers zugänglich und weiß das Amendement zurük. Es werden nimmer die noch rückständigen Posten für Krieg und Marine, für den öffentlichen Unterricht, Ackerbau, Handel und öffentliche Gewerbe, das Kaiserl. Haus und die schönen Künste ohne weitere Diskussion angenommen.

Ueber ein Amendement zu dem Supplementarkredit für das Finanzministerium entwirft sich eine neue Diskussion. Die Kommission beantragt nämlich ebenfalls mehr des Prinzips, als der Ersparnis wegen, die Zinsen der schwedischen Schuld um 500,000 Fr. zu vermindern. Es spricht v. St. Paul dagegen, v. Soubeiran dafür. Die Artikel werden angenommen, jedoch die eigentliche Frage der schwedischen Schuld und der Amortisation für die Diskussion des Budgets von 1869 vorbehalten.

Graf Latour benützt die Gelegenheit, um auf die stets sich mehrenden Ausgaben der Ehrenlegion aufmerksam zu machen. Frankreich zählt nach seinem Ueberflusse jetzt 34,000 militärische und 28 bis 29,000 bürgerliche Mitglieder der Ehrenlegion, und außerdem 39 bis 40,000 Inhaber von Militärmedaillen. 1852 habe es nur 52,000 Mitglieder der Ehrenlegion gegeben; man möge im Interesse der Würde des Ordens selbst nicht allzu freigebig mit dessen Verleihung sein.

Clair-Bizoin meint, man möge die bürgerlichen Ehrenlegionsritter eine bestimmte Taxe zahlen lassen; dies werde für den Staat eine sehr ergiebige Einnahmequelle werden. Graf Latour will sich diesen Spatz über eine so respectable Institution nicht gefallen lassen. Die Kammer genehmigt den für die Ehrenlegion geforderten Supplementarkredit.

Gegen Ende der Sitzung ergreift der Unterrichtsminister Duruy, gelegentlich eines Aufschusses von 200,000 Fr. für die Einrichtung der Ausbildungsanstalt für professionelle (Realschulen-)Lehrer in der alten Abtei Cluny, das Wort, um diesen Kredit und die Anstalt, für welche derselbe bestimmt ist, zu befürworten. Die 200,000 Fr. werden bewilligt. Die Kammer votirt überhaupt alle einzelnen Posten des Supplementarkredits für 1868 mit Ausnahme der beiden Kredite des Kriegsministeriums, in Bezug auf welche die Amendements der Kommission angenommen worden sind. Die betreffenden Artikel gehen zur Ueberantwortung an die Kommission zurück.

**Paris, 8. Juli, Abends.** Im Gesetzgeb. Körper bemerkte J. Favre bei der Beratung des Budgets für 1869, Frankreich müsse bezüglich der Entwaffnung die Initiative ergreifen. Moutier, Minister des Auswärtigen: Gerade im Interesse des Friedens habe Frankreich seine Rüstungen gemacht, welche ein Element des Friedens gewesen seien und auch bleiben werden. Bezüglich Deutschlands sagte er: Wenn die Regierung keine Depeschen vorzulegen habe, so sei das nur, weil sie sich im Interesse des Friedens aller aufregenden Polemik mit Deutschland enthalten habe. Die einzige Depesche, welche geschrieben worden, habe den Zweck gehabt, der Salzburger Zusammenkunft ihren wahren Charakter zu geben, nämlich den, daß sich freundschaftliche Einvernehmen keinerlei kriegerischen Hintergedanken verberg. Wenn es der so häufig wiederholten friedlichen Erklärung der Regierung nicht genügt sei, alles Mißbehagen zu zerstreuen, so rühre dies nur von der Verstocktheit und dem Unglauben der Opposition her.

**\* Paris, 8. Juli.** Der kleine „Moniteur“ erwähnt an der Spitze seiner politischen Wochenschau die Rede, welche Hr. Rouher am Schluß der allgemeinen Diskussion über das Budget gehalten. Derselbe habe von neuem den Willen des Kaisers, des Gesetzgeb. Körpers und des Landes konstatirt, den Weltfrieden zu erhalten. Die Zukunft sei gegen jede Eventualität durch eine militärische Organisation, die den Traditionen Frankreichs entspreche, sichergestellt; allein die



Armeereform selbst sei nur eine neue Garantie zu Gunsten der Friedensidee, deren Anwendung die Kaiserl. Diplomatie mit der einem großen Land geziemenden Würde in Einklang zu bringen wisse.

Die „Patrie“ läßt sich aus Madrid melden, daß der Geist in der Armee gut sei, und daß es mit den Pronunciamentos ein Ende habe. Das Ministerium Gonzales Bravo scheine entschlossen, nöthigenfalls mit der größten Energie die Institutionen des Landes und die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten. — Der Senatpr. Amédée Thayer ist mit Tod abgegangen. Er war ein sehr reicher Mann. — Die Königin von Mexiko sollte heute oder morgen vom Kaiser im Tuilerienpallast empfangen werden. — Das „Journ. de Paris“ will wissen, daß Prinz Napoleon, der auf seine Reise nach Egypten verzichtet habe, den 24. d. Mts. im Schloß zu Neudon erwartet wird. Nachdem er hier einige Tage zugebracht hätte, würde er wieder eine Reise nach Kopenhagen und Stockholm antreten. — Dasselbe Blatt meldet aus Rom, daß Kardinal Patrizi todfrank darniederliege. — Rente 70.45, Cred. mob. 292.50, ital. Anl. 53.40.

### Spanien.

\* Madrid, 8. Juli. Die Pariser Blätter bringen folgendes offizielle spanische Telegramm: „Es bestätigt sich, daß die Generale Serrano, Godoya, Dulce, Zabala, Serrano Bedoya, Ritter de Rojas, der Brigadier Letona und Andere verhaftet worden sind. Nach allen Erkundigungen, die der Regierung zugegangen sind, befanden sich diese Personen im Einverständnis mit den Revolutionären und bereiteten eine Bewegung vor, die den Zweck hatte, die bestehende Ordnung der Dinge umzuwerfen. Diese Verhaftungen sind von der öffentlichen Meinung sehr gut aufgenommen worden, welcher die diesen Generalen beigelegten Pläne bereits Beforgnisse einflößten. Hier wünscht Jedermann Frieden und Ruhe und kümmert sich gar wenig um den Ehrgeiz der extremen Parteien. Die vernünftigen Progressisten freuen sich sogar selbst über die Energie, welche die Regierung an den Tag gelegt hat. Die vollkommenste Ordnung herrscht in allen Provinzen des Königreichs.“

\* Madrid, 8. Juli. Die ministeriellen Blätter melden, daß der Herzog von Montpensier aufgefordert worden ist, Spanien zu verlassen, da er den Feinden der spanischen Institutionen als Fahne dienen könnte. Einige weitere Verhaftungen von Militärs haben in den Provinzen stattgefunden.

### Belgien.

Brüssel, 8. Juli. (Fr. Z.) Die „Indep. Belge“ versichert in Uebereinstimmung mit verschiedenen ausländischen Blättern, daß die Nachricht von angeblichen Unterhandlungen zwischen Belgien, Holland und Frankreich über den Abschluß eines gemeinsamen Zollverbandes völlig aus der Luft gegriffen sei.

### Dänemark.

Kopenhagen, 6. Juli. Der Prozeß des Londoner Kaufes Chapman gegen das dänische Finanzministerium wegen Herausgabe der L. Z. von diesem Hause als Bürgschaft für die rechtzeitige Ausführung des konfessionirten Kjöbenhavner Eisenbahn-Projektes deponirten 20,000 Pf. St. ist heute in obergerichtlicher Instanz gegen den Kläger entschieden worden.

### Rußland und Polen.

Aus St. Petersburg, 7. Juli, wird telegraphirt: „Die Großfürstin Konstantin ist nach Athen zu ihrer Tochter, der Königin Olga, abgereist. — Für sechs Millionen Rubel Silbergeld auszugeben, ist so eben Ordre ergangen.“

### Baden.

Karlsruhe, 9. Juli. Se. Königl. Hoheit der Großherzog haben unterm 4. März d. J. auf die höchstehenden Patronat unterliegenden katholischen Pfarrei Bittersdorf, Dekanats Ottersweier, den Pfarrverweser Karl Viktor Weith von Lohrbach, und unterm 18. April d. J. auf die höchstehenden Patronat unterliegende katholische Pfarrei Appenweier, Dekanats Ottersweier, den Pfarrer Wilhelm Baden von Durrerheim gnädigst zu ernennen geruht. Beide sind am 9. Juni d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Karlsruhe, 9. Juli. Nach einer Bekanntmachung der Direktion der Großherzoglichen Eisenbahnverwaltung vom 18. d. M. werden während der diesjährigen Reisezeit vorerst 18, die diesseitigen Linien auf kürzeren oder längeren Strecken berührende Rundreisen, Luftfahrt- und Sonntagsspektakel mit ermäßigten Preisen zur Ausgabe gelangen, darunter folgende:

1) Rundreise-Billete für die Rheinaroute (Paris-Strasbourg-Baden-Mannheim-Frankfurt-Mainz-Köln-Belgien-Paris oder umgekehrt). Preis: 1. Kl. 113 Fr. = 52 fl. 44 kr. Gültigkeit 30 Tage.

2) Rundreise-Billete Mannheim-Heidelberg-Bruchsal-Parlsruhe-Bayr. Pfalz-Mannheim oder umgekehrt. Preis: 1. Kl. 5 fl. 30 kr., 2. Kl. 3 fl. 30 kr., 3. Kl. 2 fl. Gültigkeit: 8 Tage.

3) Rundreise-Billete nach dem Berner Oberlande und der Schweiz und zurück. Ausgabestationen:

Preis:		
1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.
fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
Mannheim	25 12	18 43
Heidelberg	24 19	18 5
Pforzheim	23 9	17 16
Karlsruhe	21 40	16 13
Freiburg	15 6	11 39

4) Rundreise-Billete Heidelberg-Bruchsal-Bietigheim-Heilbronn-Heidelberg. Preis: 2. Kl. 4 fl. 48 kr., 3. Kl. 3 fl. 15 kr. Gültigkeit: 5 Tage.

Sämmtliche vorgenannte Billete berechtigen zur Benützung aller fahrplanmäßigen Züge, soweit letztere die entsprechenden Klassen führen, und zum Aufenthalt an den auf den Billeten selbst vorgemerkten Goupontationen. Kinder genießen keine besondere Ermäßigung.

\* Pforzheim, 8. Juli. Seit 8 Tagen gibt die Kunstreiter-Gesellschaft des Hrn. E. Wulff im hiesigen Reithause Vorstellungen. Die Leistungen derselben finden auch hier vielen Beifall und gilt dies hauptsächlich auch bezüglich der höchsten Pferdebesitzer, worin

ganz Vorzügliches geboten wird. Der Besuch der Vorstellungen ist darum auch mehr und mehr ein lebhafter geworden. — Neben diesen Vorstellungen ist uns hier gegenwärtig noch ein anderer, zwar stillerer, aber nicht weniger ausgezeichneten Genus geboten. Es ist dies das Kosmorama des Hrn. G. Käthke, das hier aufgestellt ist und in einer großen Zahl von Bildern in drei Abtheilungen eine „Reise durch die Schweiz“ sehen läßt. Die Bilder sind alle mit großer Naturtreue aufgenommen, zeigen eine wahrhaft künstlerische Vollendung und führen dem Beschauer die interessantesten Punkte der Schweiz vor Augen, so daß derjenige, welcher die betreffenden Details schon besucht oder gesehen hat, sich lebhaft wieder an Ort und Stelle versetzt denkt, während Andere, welche noch keinen Blick aus nächster Nähe in die großartige Alpenwelt geworfen haben, hier gleichsam im Geiste die Reise dorthin machen können. Das fragliche Kosmorama kann mit Zug und Recht dem Besten zugerechnet werden, was in diesem Fach schon geboten wurde. — Der Verkehr auf der Wiltbader oder Enzthalbahn ist fortwährend ein sehr lebhafter. Es sind aus diesem Grund auch Frühzüge, welche für ein eintretendes Bedürfnis vorgesehen waren, und zwar sowohl nach, als von Wiltbad bereits eröffnet worden. Ich füge bei, daß manche Kurbedürftige von hier die Fahrt nach Wiltbad täglich hin und nach einem mehrstündigen Aufenthalt bezw. nach dem Gebrauch der Bäder wieder hierher zurückmachen.

Gerlachheim, 6. Juli. (R. W. Z.) Eine Versammlung württembergischer, bayrischer und badischer Landwirthe fand gestern im hiesigen Ort unter zahlreicher Theilnahme aus sämtlichen drei Nachbarländern statt. Die Tagesordnung führte zur Besprechung der Frage, ob nicht in Würzburg, gleichwie in Stuttgart, eine Getreidebörse errichtet werden solle, welche von großem Vorteil für die Landwirtschaft der umliegenden Landestheile werden müßte. Es fand Uebereinstimmung und Annahme dieses Vorschlags statt und wurden die anwesenden Mitglieder des landwirthsch. Kreiscomitees in Würzburg beauftragt, bei der nächsten Sitzung des Kreiscomitees den Antrag zu stellen, daselbst möge dahin wirken, daß eine Getreidebörse in Würzburg errichtet werde. Sodann schritt man zur zweiten Frage der Tagesordnung: auf die Verminderung unnöthiger Feiertage hinzuwirken, was ungetheilte Annahme fand.

Vom Oberrhein, 8. Juli. (Tauber.) Wir gehen dieses Jahr einer recht guten Ernte entgegen. Die Winterhalbmäthe zeigen einen Stroh, wie solcher seit Jahren nicht zu sehen war: die Halme sind hoch, fest aufrecht und dichtgedrängt neben einander, und die Ähren zeigen im Allgemeinen eine erfreuliche Länge und massige Vollheit. Nur das Stroh der Sommerhalbmäthe bleibt etwas kurz, liefert aber voraussichtlich einen größern Ertrag an Körnern. Die Karstoffeln zeigen einen üppigen Wuchs und tragen eine gesunde Blüthe; an denselben ist bis jetzt keine Spur von Krankheit zu finden. Die Befürchtungen, daß die Dmometer in keinem Verhältnis zu der vollen Heuernte stehen werde, sind durch die letzten Regen, sowie durch die fühlbare Witterung zum größten Theil zerstört worden und dürfen wir deshalb auch auf einen guten Dmometertrag hoffen. Ueberall bezogen man freudigen Gesichts; denn der Landmann findet in diesem Jahr einen reichlichen Lohn für seine mühevollen Arbeiten.

Eichstätt am Kaiserstuhl, 6. Juli. (Oberh. Kur.) Gestern war der Zollparlament-Abgeordnete des V. Wahlbezirks, Hr. Oberbürgermeister Fauer, bei uns, und legte vor einer zahlreichen Versammlung, welche in der Giesinger Bierhalle stattfand, die Thätigkeit des Parlaments und bezw. seine eigenen Vorstellungen bei demselben in einer anerkennenswerthen Rede auseinander, die von den Anwesenden beifällig aufgenommen wurde.

Ueberlingen, 7. Juli. (S. Bod.-Ztg.) Unser Spital befindet sich fast mitten in der Stadt, was schon zu vielen Unannehmlichkeiten und Klagen Veranlassung gegeben hat. Auf Ersuchen der Gemeindebehörde, unterstützt von den Staatsbehörden, hat nun der hiesige Verwaltungsrath der weltlichen Eistungen vergangene Woche beschlossen, die Kranken- und Irrenanstalt außerhalb der Stadt zu verlegen und mit einem beiläufigen Kostenaufwand von 40,000 fl. ein neues Spitalgebäude vor dem sog. Oberthor, gegenüber dem spitälischen Hofplatz, zu errichten. Die Frührenneranstalt verbleibt im alten Spitalgebäude.

### Vermischte Nachrichten.

Heidelberg, 7. Juli. Auf der Main-Neckar-Bahn sind seit den letzten Tagen neue Wagen dritter Klasse im Verkehr, welche für die Reisenden große Bequemlichkeiten namentlich dadurch bieten, daß Gestelle für die Aufbewahrung des Handgepäckes, sowie Haken für die Hüte angebracht sind. Gleichzeitig befinden sich in diesen Wagen auch Coupés für allein reisende Damen.

München, 6. Juli. (Bayr. M.) Das Herz des Königs Ludwig I., das bisher noch in der K. Hofkapelle dahier aufbewahrt wird, wird demnächst in feierlicher Weise nach der Wallfahrtskapelle in Altdilling gebracht werden. Die silberne Urne, in welcher das Königs-herz eingeschlossen wird, ist dieser Tage vom Juwelier Hausinger dahier nach einer Zeichnung von Wolff Seib vollendet worden und wird als ein künstlerisches Meisterwerk allgemein bewundert.

Kempten, 8. Juli. Die Wählerversammlung zu Immensstadt, welcher der Abg. Bül über die Ergebnisse des Zollparlamentes Bericht erstattete, hat unter andern Kundgebungen auch ein Telegramm an den Grafen Bismarck gerichtet. Dasselbe lautet: „Die zu Ehren des Abgeordneten für Immensstadt, Dr. Bül in Immensstadt, versammelten Wähler vernachrichtigen, daß Eure Excellenz ein tausendstimmig Hoch ausgebracht worden wegen der Worte des 18. Mai: Ein Appell an die Furcht wird niemals Widerhall in deutschen Herzen finden — und zwar von Arnob, Bürgermeister von Kempten.“ Graf Bismarck antwortete darauf: „Herzlichen Dank für die freundliche Kundgebung der vaterländischen Gesinnung, deren Gemeinsamkeit uns landmannschaftlich verbindet!“

Die „Zfr. Ztg.“ schreibt: Als ein wesentlicher Unterschied zwischen der Einladung, welche Paul III. zum Konzil von Trident (1542-1563), und der, welche Pius IX. zum römischen Konzil erlassen, erscheint der Umstand, daß damals Kaiser Karl V., der König von Frankreich und alle andern Könige und Fürsten ersucht wurden, entweder in Selbstperson oder durch Gesandte dem Konzil beizuwohnen, und daß jetzt hiervon nicht im entferntesten die Rede ist. Dieser Unterschied ist ein wesentlicher und sicher auch ein wohlüberlegter. Es gilt diesmal nicht einen Kampf gegen die Keterei, wie damals, sondern einen Kampf der katholischen Geistlichkeit gegen den weltlichen Staat, und die Feinde, die man bekämpfen will, ruft man nicht in sein eigenes Lager und nimmt sie nicht in seinen Rath auf.

Aus Herrrieden, 6. Juli, schreibt man der „Fr. Ztg.“: Das jetzt herrschende kühlere und unfreundliche Wetter ist dermalen fast über

ganz Europa verbreitet. Demselben gingen im Westen und Norden heftige Gewitter voraus. Mit Ausnahme der Westküsten steht das Barometer in ganz Europa unter dem Mittel, und bei dem unruhigen Luftmeer kann sich nur allmählig wieder bessere Witterung einstellen.

Die Musikalien-Verlagshandlung von Ed. Bote und G. Schöde in Berlin hat eine Preisauszeichnung für eine einen Abend füllende komische Oper, mit Ausschluß der burlesken und parodistischen Richtung, eröffnet. Die Preisbewerbung ist zweifach: 1) Für den Text (selbst erfunden oder nach einer vorhandenen Idee bearbeitet; Uebersetzungen ausgeschlossen) drei Preise (50, 30 und 20 Frd'or.). Für diese Preisbonorare erwirbt die gen. Verlagshandlung das ausschließliche Eigenthumsrecht. Die Konkurrenzarbeiten sollen (je in 2 Abschriften) sich spätestens am 31. Okt. d. J. in Händen der Verlagshandlung befinden. Am 1. Jan. 1869 wird die Preisvertheilung bekannt gemacht, und vom 1. Febr. 1869 an werden die prämiirten Texte den Komponisten zur Verfügung gestellt. Jedoch steht den Letzteren auch die Benützung eines andern, von ihnen selbst beschafften Textes frei, vorausgesetzt, daß derselbe den oben festgestellten Bedingungen entspricht. 2) Für die Komposition. Für die Einreichung der Partituren ist der Schlußtermin auf den 30. Sept. 1869 bestimmt. Ausgesetzt sind drei Preise (120, 50 und 30 Frd'or.). Eigenthums- und Ausführungsrecht der Verlagshandlung. Textdichter und Komponisten partizipiren außerdem an der Hälfte des erzielten Reinertrags sämtlicher Bühnenhonoreare und Kantienten der betreffenden Oper, der Textdichter zu  $\frac{1}{3}$ , der Komponist zu  $\frac{2}{3}$ . Die Veröffentlichung der prämiirten Werke erfolgt am 1. Jan. 1870. Die eingereichten Manuskripte müssen mit einem Motto versehen und von einem versiegelten Couvert begleitet sein, welches äußerlich dasselbe Motto trägt und im Innern den Namen des Autors enthält. Das Preisrichteramt haben übernommen: Hofkapellmeister v. Bülow in München, Hofkapellmeister Dorn in Berlin, Hof-Direktionsregisseur Hein in Berlin, Kapellm. Hiller in Köln, Hof-Theaterintendant v. Perfall in München, G. zu Puttlig in Berlin, Hofkapellm. Riez in Dresden, Hofkapellm. Taubert in Berlin, K. v. Winterfeld in Berlin, Hof-Theaterintendant v. Wolzogen in Schwerin.

Im Victoria-Theater zu Berlin findet gegenwärtig ein Vereins-Gastspiel süddeutscher Hofhauspieler statt. Es gestiren nämlich daselbst miteinander: Frau Wenzel, Hr. Oberregisseur Dr. Karl Grunert, Hr. Wenzel und Hr. Edward von Stuttgart; Hr. Heinrich Schneider von Karlsruhe und Fräul. Meindl von München. „Nathan der Weise“, worin die Genannten auftraten, wurde sehr beifällig aufgenommen. Darauf sollten zunächst folgen: der „Efighändler“ und „Ein Lustspiel“, Lustspiel von Benedix.

Wien, 7. Juli. Der Verein zur Wahrung der Volksrechte hat in seiner gestern stattgehabten Versammlung folgende Resolution einstimmig zum Beschluß erhoben: „Der Verein zur Wahrung der Volksrechte erklärt die Allokution gegen Oesterreich als einen maßlosen Uebergrieff in die unverletzlichen Rechte des Staates. Der Verein spricht daher die berechtigte Erwartung aus, daß die Regierung zur Wahrung der Ehre und Würde des Staates energischerer Maßregeln als bisher gegen solche unberechtigte Angriffe auf das Hoheitsrecht des Staates in Anwendung bringen werde. Der Verein erklärt zugleich die vollständige Emanzipation vom Papstthum als eine gebieterische Forderung der Zeit und spricht sich daher für gänzliche Beseitigung des Konfobats aus.“ Außerdem wurde auf Kaiser's Antrag der Beschluß gefaßt, eine Volksversammlung zur Abgabe folgender Erklärung zu berufen: „Das Volk hält zur Wahrung der Würde und Ehre des Staates es für geboten, daß die diplomatischen Beziehungen mit Rom abgebrochen, das Konfobat für null und nichtig erklärt und alle Prozesse wegen Beileidigung des Papstes niedergeschlagen werden.“ — In der gestrigen Plenarversammlung des Deutschen demokratischen Vereins im III. Bezirk ist unter lebhaften Verhandlungen, welche die tiefe Ergriffenheit aller Kreise gegen das päpstliche Wagesstück kundgaben, eine Resolution gegen die Allokution gefaßt worden, welche im Wesentlichen mit der des Vereins zur Wahrung der Volksrechte übereinstimmt.

Die Agitationen unter den Gesehen dauern fort und absorbiren wirklich erschreckend die ganze Kraft dieses Volks. Darüber schreibt ein Blatt: „Sie (die Gesehen) müssen von der Luft leben, und mindestens ist unbegreiflich, wie sie bei den immer neuen Massenmeetings, von denen ihre Organe schreiben und die nie unter 10,000 Köpfen zählen sollen, noch Zeit zum Arbeiten behalten. Wer doch ein Gesehe wäre! Alle Tage Feiertag; bald Trauer-, bald Grundsteinlegungs-, bald Freuden-, bald Einweihungs-, bald Gebets-, bald Erinnerungsfest und so fort, im Jahre 365, im Schaltjahre 366 Tage: — das reine Schlaraffenland!“

Die „N. Zürich. Ztg.“ berichtet: Als letzter Tage ein Führer von Chamounix, Eduard Simon, eine fremde Familie nach den Grands-Mulets (am Mont-Blanc) führen wollte, löste sich von einem Felsen eine Steinlawine ab. Simon dachte nicht an sich, sondern nur an die Rettung der ihm anvertrauten Personen, die er glücklich hinter einem Felsen in Sicherheit brachte. Er selbst aber wurde in einen Abgrund gestürzt, wo man ihn am folgenden Tag todt und juchendbar verflümmelt fand.

London, 6. Juli. In Südafrika sind neue Goldlager entdeckt worden.

Auf dem Erie-See hat sich am 20. Juni wieder eines der auf amerikanischen Gewässern nur allzu häufigen Unglücke ereignet. Der Dampfer „Morning Star“ stieß auf der Fahrt von Cleveland nach Detroit gegen die Bark „Goriland“ an und beide Fahrzeuge verschwanden binnen wenigen Minuten unter dem Wasser. Alle Menschen an Bord, 83 zusammen, wären rettungslos verloren gewesen, hätte sich nicht in der Nähe zufällig ein anderer Dampfer befunden, dessen Mannschaft 63 der Unterfinckenden rettete. Die übrigen 20 sind verschwunden und ohne allen Zweifel ertrunken.

Frankfurt, 9. Juli, 3 Uhr 18 Min. Nachm. Deffert. Kreditaktien 210  $\frac{1}{2}$ , Staatsbahn-Aktien 265, National 54  $\frac{1}{4}$ , Steuerfreie 52  $\frac{1}{8}$ , 1868er Loose 77  $\frac{1}{2}$ , Deffert. Raluna 104  $\frac{1}{4}$ , Apr. bad. Loose 99  $\frac{1}{2}$ , Amerikaner 77  $\frac{1}{2}$ , Gold 140  $\frac{1}{8}$ .

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

8. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 0,23	+ 10,5	N.W.	ganz bew.	trüb, regnerisch
Mittags 2 „	0,00	+ 15,0	N.W.	„	Sonnenbl., mild
Nachts 9 „	27° 11,90	+ 12,5	„	„	trüb, kühl

Berantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.



